

Rees, den 15.05.2014

Zusammenschluss
„Gegen Gasbohren“
Deutschland



Offener Brief an die Abgeordneten des EU-Parlamentes in Brüssel

Betreff: **Warnung vor der Zustimmung zu dem Freihandelsabkommen „CETA“ zwischen Kanada und den Ländern der EU**, das bald abgeschlossen und anschließend ratifiziert werden könnte. Es beinhaltet die gleichen Gefahren für uns wie „TTIP“. Sogenannte „Investor-Schutzklauseln“ (ISDS) erlauben es darin – wie bei TTIP – den Großkonzernen, Nationalstaaten zu verklagen, wenn ihnen deren Gesetze hinderlich erscheinen. **Unsere Demokratien sind bedroht.**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

vor Ihnen allen im EU-Parlament, liegt ein Sommer voller äußerst bedeutsamer Entscheidungen.

Das zum Abschluss und baldiger anschließender Ratifizierung anstehende Freihandelsabkommen „CETA“ der EU mit Kanada, das bereits 2013 weitgehend verhandelt wurde, birgt ein ganzes Bündel besonderer Gefahren für die EU und uns Bürger der EU, die öffentlich völlig verschwiegen wurden und weiter werden. Auch diese Verhandlungen sind von der EU-Kommission unter strenger Geheimhaltung und unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss auch von Ihnen, unseren gewählten Volksvertretern, durchgeführt worden, ohne dass bisher bekannt gemacht wurde, welche Inhalte darin im Detail enthalten sind.

Einige Dinge sind aber deutlich geworden:

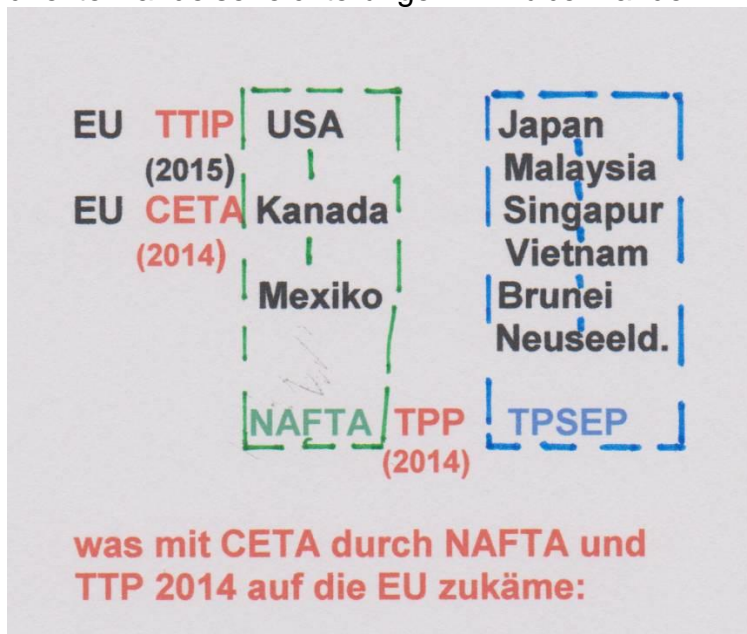
Über Investor-Schutzklauseln „Investor-State-Dispute-Settlement“ (ISDS) können Großkonzerne die Gesetze und Verordnungen von Vertragsstaaten aushebeln. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft von Kanada und den USA in der „NAFTA“-Freihandelszone sitzen die USA automatisch mit am Tisch, wenn die EU mit Kanada zur Ratifizierung kommen sollte, zudem haben alle US-Großkonzerne kanadische Töchter. Kanada, als Mitglied der NAFTA-Zone, wird in diesem Jahr den „TPP“-Freihandelsvertrag der NAFTA mit dem südostasiatischen Freihandelsverbund „TPSEP“ abschließen und anschließend ratifizieren, der ebenfalls im Jahr 2013 weitgehend ausgehandelt wurde. Damit kämen 6 asiatische Länder mit hinzu, deren Großkonzerne dann ebenfalls ISDS-Klauseln anwenden könnten, wenn sie kanadische Töchter unterhalten, oder einrichten. Und diese Konzerne haben in vielen Dingen noch gänzlich andere Wertvorstellungen als wir in Europa.

Wird die EU und werden die Einzelländer der EU durch solche Vertragsbindungen daran gehindert, die eigenen berechtigten Interessen im Namen der Bevölkerung wahrzunehmen, dürfen Sie solchen Verträgen auf keinen Fall Ihre Zustimmung geben.

Die einseitige, stark der Wirtschaft zugeneigte, Haltung der EU-Kommission in Brüssel führt dazu, dass der begründete Verdacht entsteht, **dass unsere europäischen und auch deutschen Standards auf den verschiedensten Gebieten den Interessen der Internationalen Großkonzerne geopfert werden sollen, trotz anderslautender Dementis der Kommission.**

Beschwichtigungsversuche der EU-Kommission reichen keineswegs aus, um unsere Sorgen zu zerstreuen, denn in Brüssel wurde geheim endverhandelt. Erst wenn die ausgehandelten Verträge, bevor sie unterschrieben werden, vollständig zur Prüfung vorgelegt haben und ausreichend Zeit zu ihrer Prüfung und der notwendigen öffentlichen Diskussion gegeben war, kann entschieden werden, ob diese Inhalte unterschriftsreif sind, oder nicht.

Daher fordern wir Sie auf: Verlangen Sie Aufklärung und Debatte zum Thema und zu Inhalten und verweigern Sie Ihre Zustimmung im Parlament zu allem was mehr als direkte Handelserleichterungen im Außenhandel mit Kanada bedeutet.



Das Wirksamwerden dieses Vertrages bringt so weitreichende Eingriffsmöglichkeiten in die Gesetze und Verordnungen der Einzelstaaten, dass es den internationalen Konzernen und Finanzgruppen möglich wird, Schritt für Schritt unsere Lebensbedingungen und Sozialstandards nach unten zu verändern und, bei Weigerung der jeweiligen Regierung, riesige Vertragsstrafen im privaten Schiedsgerichtsverfahren zu erklagen, die die Einzelstaaten in finanzielle Bedrängnis bringen können, so natürlich auch Deutschland.

Die von den Befürwortern so gern behaupteten Vorteile, wie „vermehrter Handel“, „vermehrte Dienstleistungsangebote“, „Zunahme an Beschäftigung und damit Bedarf an mehr Arbeitskräften“, „Steigerung des BIP“ haben sich bis jetzt bei ähnlichen Abkommen nicht eindeutig nachweisen lassen, eher – im Falle NAFTA – war es umgekehrt. Kanada und Mexiko wurden zunehmend abhängiger von den USA, ohne selbst deutliche Vorteile zu gewinnen.

Der EU-Außenhandel hat durch die hohe Güte und hohe Effizienz der Exporteure eine führende Stellung in der Welt. Zusammen mit generell nur noch geringen Zollbarrieren gibt es keinen Verbesserungsbedarf, der die Aushebelung der Rechtssysteme der EU und ihrer Einzelstaaten rechtfertigen würde.

Handelspolitisch betrachtet, ist dieses Abkommen völlig entbehrlich!

Mit einem Handelsvolumen von 0,6% unserer Exporte und 0,5% unserer Importe macht es keinen Sinn, ein so komplexes und weitreichendes Vertragswerk überhaupt angehen zu wollen.

Es ist überdeutlich spürbar, dass hier Juristen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der „besonderen Art“ schaffen wollen.

Und es ist auch schon klar, wer die immens hohen Verfahrensstrafen der privaten Schiedsgerichtsverfahren zu tragen haben wird: die Nationalstaaten und damit deren Bürger.

Als besonderes „Schmankerl“ haben die juristischen Beratungsfirmen, die bei der Gesetzesgestaltung maßgeblich mitgewirkt haben, die rückwirkende Abdeckung aller früher bereits getätigten „Investitionen“ im Sinne der Vertragsdefinition

eingeschmuggelt.

So lässt sich dann in jedem Fall auch mit Ereignissen der Vergangenheit, die unter völlig anderen Rahmenbedingungen stattfanden, ein „nicht eingetretener Ertrag aus einer Investition“, weil irgendetwas nicht ganz wie geplant geklappt hat, als Grundlage für eine umfangreiche Klage gegen einen Nationalstaat herrichten. Das ist völkerrechtlich absolut verwerflich.

Die Beschreibungen in den ISDS-Klauseln, und in dem Vertragswerk allgemein, sind so vage und schwammig gewählt, dass die Mitglieder des privaten Schiedsgerichtes Interpretationsmöglichkeiten haben.

Und diese Personen sind ja dann wieder aus Anwälten der großen Anwaltsfirmen rekrutiert worden, die sich vorher die „ABM-Maßnahmen“ in die Verträge eingebaut haben.

Dieses Abkommen ist ein Angriff der internationalen Großkonzerne und Finanzgruppen auf unsere demokratischen Strukturen – mit Unterstützung der EU-Kommission. Das muss verhindert werden.

Die Argumente „pro CETA“ – und übrigens auch „pro TTIP“ – wurden von bezahlten Lohnagenturen „wissenschaftlich“ ermittelt und dabei die positiven Effekte maßlos übertrieben. Europa hat kaum bis keine Vorteile aus diesen Abkommen zu erwarten, die Internationalen Großkonzerne auf beiden Seiten des Atlantiks jedoch wollen über diese Hebel an risikolose Erträge kommen.

In der Hoffnung, Ihnen mit unseren Informationen die Grundlage für eine gute Entscheidung für die Zukunft der EU-Gemeinschaft geben zu können,
grüßen wir Sie freundlich.

Arbeitskreis Fracking Braunschweiger Land, Herr Fritz, 38302 Wolfenbüttel
IG Hamminkeln gegen Gasbohren, Fr. Obschernicat, 46499 Hamminkeln
BI Gemeinsam gegen Gas- u. Probebohrungen am Niederrhein, Fr. Basmer, 46459 Rees

Andrea Basmer

Mitglied der BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein

Anlage: Zu Ihrer Information fügen wir Ihnen die ISDS-Klausel des CETA-Abkommens mit Stand 03.04.2014 zu, die uns zugänglich gemacht wurde.

Bitte, überzeugen Sie sich selbst unter dem Abschnitt „Gültigkeit“ (englisch scope) das einer der Sache nach völlig unangebrachte, zeitlich unbefristete, rückwirkende Gültigkeit mit Inkrafttreten – auch auf bereits getätigte „Investitionen“ – vertraglich eingebaut wurde.

Ferner fügen wir eine Stellungnahme des führenden Redakteurs der Süddeutschen Zeitung, Herrn Dr. Prantl, vom 10.05.2014 zu Freihandelsabkommen bei.